

Dresdner Volkszeitung

Postkontor: Dresden, Aden & Comp., Nr. 1205.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Postkontor: Aden & Comp., Dresden.

Diese Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altkreis

Abonnementspreis: 12 Monate 1200.— M., unter Ausschluss der Postgebühren 1000.— M., unter Ausschluss der Postgebühren 800.— M. Einzelnummer 400.— M. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25281. Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25281. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 40-spaltige Hauptzeile 6000.— M., anwärts 6000.— M., die 30-spaltige Reklamzeile 25000.— M., anwärts 30000.— M., Ausland 20000 u. 60000 M. Bei mehrmaliger Auflage Ermäßigung. Familienangeh. 50% Rabatt. Bei mehrmaliger Auflage 25% Rabatt.

Nr. 179

Dresden, Freitag den 3. August 1923

34. Jahrg.

England - Frankreichs Spielball

England hat wieder einmal gesprochen — aber wiederum ist durch diese erneute englische Regierungserklärung das Reparationsproblem und die Ruhrfrage um keinen Schritt gefördert oder geklärt worden. Die englische Regierung hatte neulich demonstrativ angekündigt, daß sie aus ihrer Passivität heraustrete und aktiv in die Dinge auf dem Kontinent eingreife. Ihre ganze Aktivität bestand darin, daß sie nach langem Überlegen einen Entwurf für eine Antwort auf die letzte deutsche Reparationsnote an Frankreich und Belgien sandte, mit der Bitte, sich diesem Entwurf anzuschließen. Frankreich und Belgien haben darauf Antworten geschickt — und nun mußte die englische Regierung Farbe bekennen: erstens, was sie vorgeschlagen habe, und zweitens, was Frankreich und Belgien dazu sagten. Die Erklärung des Premierministers Baldwin, die er am Donnerstag im Londoner Unterhaus abgab, läßt aber weder das eine noch das andre klar erkennen. Die ganze „Action“ endete mit der Mitteilung, daß die englische Regierung ihre Verbündeten um die Erlaubnis bitten werde, die ganzen Dokumente zu einem späteren Zeitpunkt bekannt zu geben zu dürfen. Wann das geschehen werde und ob die Erlaubnis erteilt wird, steht dahin. Was in der Zwischenzeit geschehen solle, bleibt dunkel. England wartet, England hat Geduld, England sieht unerschütterlich zu seinen Verbündeten.

Aber drei Tatsachen sind durch die Erklärung Baldwin's doch offenkundig geworden, die festgehalten werden müssen, weil sie Bedeutung haben oder von Bedeutung werden können. Erstens das blamable Eingeständnis Baldwin's, daß weder Frankreich noch Belgien auf die englischen Vorschläge eingehen, ja sie überhaupt in ihren Antwortnoten mit keinem Wort erwähnen! Das ist ein kalter Wasserstrahl auf die warme Freundschaft. Treffender konnte Frankreich nicht zum Ausdruck bringen, daß es seine eigene Politik an Rhein und Ruhr macht und sich nicht dazwischen lassen läßt. Verstandesbeweis?

Zweitens aber muß Baldwin feststellen, daß die Noten Frankreichs und Belgiens eine gemeinsame Antwort an Deutschland nicht möglich machen. Damit ist gesagt, daß England den französischen Standpunkt nicht akzeptieren kann. Die sachlichen Gegensätze sind also im Grunde und in der Tat unvereinbar. Ob nun die englische Regierung weitere Verhandlungen mit Paris und Brüssel pflegen will oder eine geforderte Antwort an Deutschland erteilt, ist von Baldwin noch nicht erklärt worden. Aber selbst wenn eine Sonderantwort erfolgen sollte, steht die ganze Frage noch auf demselben Fleck. Frankreich schlägt zu und England sieht zu.

Drittens ist wichtig, was Baldwin über die englischen Vorschläge andeutet. Daß ein internationales Organ gewünscht wird, das die deutschen Zahlungen festsetzen und die Zahlungsmöglichkeit prüfen soll, war schon bekannt. Neu ist die Erklärung, daß England Deutschland bitten werde, die Befehle und Anordnungen für den passiven Widerstand zurückzuziehen, und zwar als Vorbedingung für jede Verhandlung. Hier gibt also England Poincaré's Diktat glatt nach und macht die Forderung auf bedingungslose Aufgabe des passiven Widerstandes zu einer gemeinsamen Forderung der Entente. Deutschland soll dem einzigen Mittel des Widerstandes, das es in der Hand hat, auf Gnade oder Ungnade entsagen, womit der Sieg des Poincaré'schen Gewaltregimes vollkommen wäre. Denn wenn Deutschland das tut — oder mit Hilfe der englischen Passivität einst tun müßte — so ist es wieder Poincaré, der allein die Stegdecke nimmt und selbstherrlich alle weiteren Folgen diktiert. Er stellt dann genau noch so auf englische Vorschläge, wie er sie jetzt als Luft behandelt. Durch diese englische Stellungnahme ist auch bei den unbedingten Optimisten jede Hoffnung auf eine leise deutschfreundliche Haltung Englands erloschen. Es beharrt sich erneut die Tatsache:

Englands Gewissen sieht die Gewaltpolitik Frankreichs nicht gern, aber Englands Haltung fördert und unterstützt wohlwollend die französische Praxis.

Inzwischen treiben die Dinge in Deutschland in rasendem Tempo einer Katastrophe entgegen. Des Finanzwesens ist zusammengebrochen, die Ernährung ist aufs Spiel gesetzt, die Not pocht an die Türen, die nationalsozialistische und bolschewistische Aktivitäten drohen mit Gewalt, die Regierung hat abgewirtschaftet, niemand will die Verantwortung für das Kommando übernehmen. Dazu kommen demütigende Meldungen aus dem Ruhrgebiet und vom Rhein. Der französische Druck verhält sich, neue Truppen ziehen ins Land; die Väden sind leer, die Lebensmittel ausverkauft, dabei die Grenzen so gut wie abgesperrt; die Erwerbslosenzahl wächst unheimlich; Bevölkerung erfährt langsam weite Kreise — es drängt alles auf ein Ende. Die deutsche Regierung muß unbedingt einen letzten Versuch wagen, um zu direkten Verhandlungen mit Frankreich zu kommen. Das geschieht die Stunde! Es dieser ernsthafte und ehrliche Versuch nicht gemacht ist, dürfen keine schwerwiegenden Entschlüsse gefaßt werden. Es darf aber auch unter keinen Umständen länger gezögert und gewartet werden. Wenn jetzt die Verantwortlichen nicht handeln — und auch im Innern alle Gesundheitsmittel ergreifen — so werden sie von der Geschichte gerichtet werden!

Die englische Regierungserklärung

London, 2. August. Die Stellungnahme der englischen Regierung zu den Antworten Frankreichs und Belgiens auf die englischen Vorschläge betr. Lösung des Reparationsproblems wurde heute im Parlament kundgetan. Premierminister Baldwin erklärte im Unterhaus:

Die englische Regierung war der Ansicht, daß die in dem deutschen Memorandum enthaltenen Vorschläge einer Würdigung und einer Erwiderung würdig seien, und daß diese Erwiderung zunächst eine gemeinschaftliche der Alliierten sein müsse. Im Entwurf machte sich die englische Regierung verständlich von Deutschland in seinem Memorandum aufgeführte Vorschläge zu eigen. N. a. betonte sie sich zu der deutschen Auffassung, daß ohne daß dadurch der Friedensvertrag verletzt werden könnte.

Die deutsche Zahlungsfähigkeit von einem unparteiischen Sachverständigen-Gremium in Zusammenarbeit mit der Reparationskommission festzustellen werden müsse.

Was die Frage der von Deutschland angebotenen Garantien anbelangt, so drückt die englische Regierung ihre Meinung dahingehend aus, daß der ökonomische Wert dieser Garantien von solchen Faktoren abhängig gemacht werden müsse, wie sie das deutsche Memorandum nicht erwähnte, als da sind: Stabilisierung der Mark und Ausbalancierung des deutschen Budgets, und daß alle Garantien so lange wirkungslos bleiben müßten, bis die

deutsche Finanzverwaltung unter irgendeiner Form internationaler Kontrolle gestellt

werde. Der englische Antwortentwurf schloß mit der Bitte an die deutsche Regierung, wenn sie die Wiederaufnahme von Verhandlungen wünsche, sofort:

ihre Befehle und Anordnungen zurückzuziehen, durch die der passive Widerstand organisiert und verdrängt worden sei, und ungewidmet alle Akte von Festigkeit und Sabotage zu mißbilligen, die diesen Widerstand in verschiedenen Fällen begleitet haben, und es wurde dem Gedanken Ausdruck verliehen, daß eine beratende Aktion von deutscher Seite die Konstruktivität einer Wiederaufnahme der Verhandlungen über eine Veränderung ihrer Befehlsmethoden und eine Rückkehr zu einem normalen und industriellen Leben im Ruhrgebiet geeignet machen müsse. In der diesen Antwortentwurf begleitenden Memorandum hat die Regierung ihre Verbündeten, die Diskussion entweder in einer Konferenz oder auf andere Weise zu dem Zwecke zu beginnen, einen umfassenden Plan zur allgemeinen und endgültigen Lösung auszuarbeiten.

Die alliierten Antworten

auf diese Einladung sind nunmehr eingetroffen. Die schriftliche Antwort Italiens ist noch nicht eingetroffen, aber die italienische Regierung hat bereits ihre volle Heberestimmtheit mit den Ansichten und Vorschlägen der englischen Regierung mitgeteilt. Die französische und die belgische Regierung haben voneinander unabhängige Erwidierungen geschickt. Die englische Regierung hat diesen Erwidierungen ihre eifrigste Aufmerksamkeit gewidmet, und obwohl sie erfreut die freundschaftliche Zusammenarbeit, in denen sie gefaßt sind, betrauert sie, in ihnen nicht finden zu können, was eine gemeinsame Antwort der Alliierten an Deutschland möglich machen könnte, auf die die englische Regierung außerordentlichen Wert legen würde.

In der Tat wird der Entwurf der englischen Regierung in der französischen und belgischen Antwort nicht einmal erwähnt. Weiterhin weisen die beiden Noten

keinerlei Vorschläge auf, aus denen man auf eine baldige Veränderung in der Ruhrsituation oder auf den Beginn neuer Reparationsverhandlungen schließen könnte,

zwei Dinge, die die englische Regierung so sehr wünscht. Es liegt auf der Hand, daß viele Wochen, wenn nicht gar noch längere Zeit, verstreichen würden, wenn die verbündeten Regierungen auf der Grundlage der jetzigen unbedingten Auffassung in einem neuen Meinungsaustrausch treten würden, ehe ein wichtiger Schritt zur Beendigung dieser unglücklichen Situation mitgenommen werden könnte.

Die deutsche Regierung könnte nicht oft genug wiederholen, daß sie die Interessen der Alliierten als mit ihren eigenen verknüpft ansehe, und wie sie es bisher durchaus getan habe, vor jeder Handlung zurückzudenke, die als ein

Anzeichen für eine Spaltung unter den Alliierten angesehen werden könnte. Sie hätte jedoch an der Auffassung festhalten müssen, daß dem Problem, dem sie alle nunmehr gegenüberstehen, nicht ausgewichen werden könne, und daß, während die Alliierten damit beschäftigt sein könnten, ihre Meinungen im Geiste unbedingter Freundschaft über die Einzelheiten dieses oder jenes Vorschlags auszutauschen, die Lage Europas und mit ihr die ganze Welt auf die Reparationsangelegenheiten, auf die die Alliierten gleichmäßig ein Recht hätten, dem unausweichlichen Zusammenbruch entgegengehen könnte.

Unter diesen Umständen habe die Regierung beschlossen, die Dokumente, die ihre eigene Auffassung und ihre Bemühungen zum Gegenstand haben, so bald als möglich zu veröffentlichen, und sie fordere ihre Alliierten auf, ihre Zustimmung zur Veröffentlichung ihrer Noten und Darlegungen zu geben, auf die Bezug genommen wird und die zur Klärung der Gesamtlage erforderlich sind. Die Regierung hoffe, daß die Veröffentlichung der Dokumente mitteilen möge, den wirklichen Umfang des Problems festzustellen, dem die Alliierten sich gegenübersehen, und die Welt von der getreulichsten Notwendigkeit eines raschen und einheitlichen Vorgehens zu seiner Behandlung überzeugen möge.

Debatte

Nachdem Baldwin die ministerielle Erklärung verlesen hatte, ergriß der Führer der Opposition Ramsay MacDonald

(Arbeiterpartei) das Wort. Er sprach seine tiefe Enttäuschung über die Antworten Frankreichs und Belgiens aus, und er hoffte, es sei nur „ein Versehen“, daß die beiden Regierungen in ihren Antworten keine Notiz von dem britischen Antwortentwurf an Deutschland genommen hätten. Einen Anlaß zur Zufriedenheit gebe es allerdings, nämlich, daß die Regierung sich endlich entschieden habe, eine eigene Politik zu formulieren und durchzuführen. Zunächst müßte

dem System der Geheimhaltung ein Ende gemacht

werden. England habe keinen Anlaß, sich zu schämen. Es sei klar, daß Frankreich nicht wegen der Reparationen in das Ruhrgebiet gegangen sei. Es handle sich vielmehr um einen Versuch, nach einem formellen Frieden, den

den Krieg fortzusetzen.

England sei jetzt weit mehr verwirrt als Frankreich, dessen wirtschaftliche Stellung stärker sei als vor dem Kriege, außer bezüglich seines Budgets. Der nächste Schritt in der Politik des europäischen Wiederaufbaus müsse die Regelung mit Deutschland und eine Regelung des in der internationalen Schranken sein. Beide Fragen könnten nicht getrennt behandelt werden. In der Reparationsfrage handle es sich nicht darum, was Deutschland zahlen könne, sondern auch darum, wie es am besten zahlen könne, ohne die Interessen der empfangenden Nationen zu schädigen.

In der weiteren Aussprache nahm auch der frühere Premierminister Lloyd George das Wort. Er habe in der Regierungserklärung bezüglich der endgültigen Politik der Regierung gesucht. Der französische Ministerpräsident habe es ausdrücklich gesagt, daß er nicht beabsichtige, mit Deutschland an verhandelt, bevor es stabilisiert, und was nach Durchbruch sei, daß Frankreich das Ruhrgebiet nicht verlassen werde, bevor die letzte Zahlung erfolgt sei. Nachdem die überwältigende Mehrheit der französischen Kammer diese Politik nicht annehmen, sondern von seiner Politik abbringen zu können, der nicht mehr zureichende, da er sich darauf festgelegt habe. Die englische Regierung sei deshalb in einer schwierigen Lage, weil sie Frankreich erlaubt habe, ins Ruhrgebiet zu gehen und ihm gewissermaßen sogar Erfolg gewünscht habe. Wenn England jetzt von dieser Politik ab, so sei dies eigentlich nicht nur gegenüber Frankreich, es gebe nur zwei Möglichkeiten: Deutschlands Kapitulation oder seinen Zusammenbruch.

Premierminister Baldwin

ergriff wieder das Wort und wies dabei alle Ansinnen, den Notenwechsel mit Frankreich zu veröffentlichen, und zwar selbst, zurück. Er erklärte jedoch, eine Fortsetzung der bisher fruchtlossten Politik bedeute ein Unglück für die Zukunft, und es wäre zu wünschen, daß alle Nationen sich auf der Grundlage der englischen Vorschläge einigen würden. Es sei nun Unfug, sich darüber zu streiten, ob die englischen Staatsmänner französisch oder deutschfeindlich seien. Die englischen Staatsmänner handeln für Englands Interessen. In England könne man wohl die französischen Beweggründe zur Ruhrbesetzung mitfühlen, aber man erwarte keinerlei Wirkung davon, im Gegenteil müsse man, daß dadurch das Schicksal Europas nur schlimmer würde.

Poincaré's Aktivität

Um den Vorteil der überlegenen Aktivität zu schaffen, hat Herr Poincaré auch die französische Antwort an England auf eine Weise bekanntgegeben, welche Telegramme betreffen, daß die französische Regierung mit England verhandelt wolle — also Dinaud'sche Verleumdung! —, daß sich aber die französische Regierung zu der Festhaltung gezwungen sehe, daß die deutschen Vorschläge nicht die Verwirklichung enthalten, den passiven Widerstand, durch den das Reich sich sechs Monate der Ausübung des Friedensvertrages widersetze, zu beenden, Frankreich werde, wenn Deutschland ihn unmittelbar einstelle, an der Ruhrbesetzung verdrängte Änderungen vorschlagen, die mit der Sicherheit der Truppen und der Industrie, sowie mit der Wahrung des Lebens in Einklang zu bringen seien. Frankreich und Belgien werden aber das Ruhrgebiet nur nach Maßgabe der vom Berliner Kabinett geleisteten Zahlungen räumen. Der gegenwärtige Ruin Deutschlands sei nicht eine Auswirkung der Ruhrbesetzung, sondern vom Reiche selbst herbeigeführt worden.

Diese Antwort der französischen Machthaber ist nur die Wiederholung der bereits schon dreimal abgegebene Erklärungen, daß erst bedingungslose Kapitulation erfolgen müsse, dann werde Frankreich das Ruhrgebiet als Pfand beizugehalten, bis der letzte Heller bezahlt sei — also bis in absehbare Zeiten, da immer neue Forderungen erhoben werden würden, die Frankreich festlegt. Es muß nun den französischen Verantwortlichen nachdrücklich klar gemacht werden, daß sie sich selber um alles zu bringen drohen, wenn sie ihre starrte Gewaltpolitik fortsetzen. Sie würden schließlich nicht nur nicht Reparationszahlungen und wirtschaftliche Werte aus einem getrappten und zerlegten Deutschland erhalten, sondern auch noch den Haß der Nationalisten des Auslandes, der zu Verweisslungen treiben könnte, die unabwendbare Folgen für ganz Europa — auch für Frankreich! — nach sich ziehen könnten. Sie beharren darauf, daß trotz allem der Versuch, zu Verhandlungen zu kommen, unternommen wird.

Präsident Harding gestorben

Berlin, 3. August. (Eig. Drahtm.) Präsident Harding ist gestern abend 7 Uhr gestorben.

Als Nachfolger kommt der Vizepräsident Archibald Coolidge in Betracht. Coolidge ist 57 Jahre alt, Universitätsprofessor und war als amerikanischer Delegierter bei der Versailler Friedenskonferenz. Er hat auch in Deutschland studiert und kennt die deutschen Verhältnisse näher.

Präsident Harding war bekanntlich ziemlich schwer erkrankt an einer Vergiftung durch Fleischpilze (Polonaise), die